

Gegenstand des Antrags:

Für eine berufsorientierte Schulpolitik!

Der Landesvorstand der CDU Berlin möge auf seiner Klausurtagung am 09. und 10. März 2018 beschließen:

- 1 Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen erreichte im Ausbildungsjahr 2016/2017 deutschlandweit
2 ein neues Rekordhoch. Auch in Berlin konnte jedes dritte ausbildungswillige Unternehmen die freien
3 Plätze nicht besetzen¹. Zugleich stieg jedoch die Zahl der unversorgten Bewerber. Es gelingt zunehmend
4 schlechter, Bewerber und angebotene Ausbildungsplätze zusammenzubringen.
- 5 Angesichts kleinerer Absolventenjahrgänge, eines höheren Abiturientenanteils und einer gestiegenen
6 Studierneigung fällt es Unternehmen immer schwerer, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen. Gleichzeitig
7 bricht fast jeder dritte Studienanfänger sein Studium ab.
- 8 Hier muss eine berufsorientierte Schulpolitik ansetzen. „Berlin macht MINT“ mit seinen Kooperationen
9 zwischen Schulen und Unternehmen ist für Berufsfelder und Tätigkeiten in der Industrie der richtige
10 Ansatz, indem Kompetenzen im MINT-Bereich gestärkt werden. Für die Spezifika der kleinen und
11 mittleren Unternehmen im gewerblichen Bereich ist er durch seine Fokussierung auf die Industrie nur
12 bedingt zielführend.
- 13 Eine frühzeitige Berufsorientierung, die zudem praktische Erfahrungen in kleinen und mittleren
14 Betrieben vorsieht und auf diese Weise die Attraktivität des eher kleinteiligen Handwerks und Gewerbes,
15 des Handels oder der Pflege in allen Facetten vermittelt, soll den Jugendlichen helfen, den für sie
16 passenden Beruf zu finden und keine Fehlentscheidungen zu treffen.
- 17 Deshalb spricht sich die CDU Berlin für eine berufsorientierte Schulpolitik mit folgenden Elementen aus:
 - 18 - **Einführung des Berufsabiturs** - einer Verknüpfung von Gesellenabschluss und allgemeiner
19 Hochschulzugangsberechtigung. Mit der Einführung dieses doppelqualifizierenden Abschlusses
20 sollen die Attraktivität der Berufsbildung gestärkt und leistungsstarke Jugendliche für eine duale
21 Ausbildung gewonnen werden.
 - 22 - **Stärkung der Berufsorientierung im gymnasialen Bereich** - Ein großer Teil der Abiturienten
23 unterschätzt die Chancen und Karriereperspektiven, die eine gewerblich-technische Ausbildung
24 mit anschließender Aufstiegsqualifizierung bietet. Daher muss die Berufsorientierung stärker in
25 den Curricula und Praktika der Gymnasien verankert werden.
 - 26 - **Einbindung von Unternehmen** - Unternehmen können Jugendliche praxisnah über
27 Ausbildungsberufe und Jobperspektiven mit Ausbildungsabschluss informieren und die
28 Ausbildung somit als gleichwertige Bildungsoption sichtbar machen. Daher sollten sie stärker in
29 die Berufsorientierung eingebunden werden.

¹ IHK Aus- und Weiterbildungsumfrage 2017

- 30 - Kenntnis des **betrieblichen Alltags bei Lehrern** – Lehrer, die im Bereich der Berufsorientierung
31 engagiert sind, sollten sich im Rahmen ihrer verpflichtenden Weiterbildungen den betrieblichen
32 Alltag in Form von Praktika/Betriebshospitationen erschließen.
- 33 - Systematische Förderung von **Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen** – Viele
34 Unternehmen wollen sich in den Schulen ihrer Umgebung engagieren, treffen aber auf
35 Vorbehalte seitens der Lehrerschaft. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Kooperation mit
36 Unternehmen sollte daher geschärft werden. Die Senatsschulverwaltung ist in der Pflicht.
- 37 Neben einem klaren politischen Bekenntnis zur dualen Ausbildung sind folgende weitere Maßnahmen
38 zur Aufwertung der Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Bildung und Basis eines erfolgreichen
39 Karriereweges zu etablieren:
- 40 - Gleichstellung von Studium und Meisterfortbildung durch **Erhöhung der Meisterprämie** -
41 Angehende Meister – aber auch Techniker, Fachwirte und Berufspädagogen – sind von
42 Lehrgangs- und Prüfungsgebühren zu befreien, um sie mit Studenten, die gebührenfrei studieren,
43 gleichzustellen.
- 44 - Systematische Verankerung einer berufsorientierenden Beratung für (potentielle)
45 **Studienabbrecher, gefördert auch durch das Land Berlin**
- 46 - Vertiefte **Beratung zur dualen Ausbildung - und Aufstiegschancen in den Jobcentern** unter
47 Einbindung der IHK und HwK
- 48 - Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der **Jugendberufsagenturen**, die junge Menschen
49 passgenau beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen sollen.
- 50 - Systematische **Förderung dualer Studiengänge**, die neben einem akademischen Abschluss auch
51 einen Gesellenabschluss ermöglichen.
- 52 - Zahl der jungen Menschen im **Übergangsbereich** durch geänderte Anreizpolitik **verringern**.
- 53 - **Orientierung** des Übergangsbereiches an staatlich anerkannten betrieblichen
54 Ausbildungsberufen.

Antragstellerin:

Dr. Manja Schreiner

für den Kreisverband Pankow